

Einer der wenigen verbliebenen Vorteile der Schweiz im internationalen Konkurrenzkampf war bisher der immer noch relativ flexible Arbeitsmarkt der Schweiz. Dieser Vorteil wird nun von den vom Mitgliederschwund heimgesuchten Gewerkschaften mit steigender Aggressivität bekämpft. Die offiziell als bürgerlich eingestufte CVP-Volkswirtschaftsministerin Leuthard hat der Schweiz mit der Ernennung eines kämpferischen Gewerkschafters zum Leiter des Seco ein faules Ei gelegt, welches unserer Volkswirtschaft noch viel Bauchweh verursachen wird. Anstatt dass die Flexibilität unserer Wirtschaft vergrössert wird, werden linke Bürokraten in der Verwaltung uns immer weiter einengen und die Schaffung von Mehrwert, die wichtig ist für unsern Wohlstand, verhindern. Mit dem neuen Gesamtarbeitsvertrag, welcher eine immer stärkere bürokratische Einengung sowohl der Arbeitgeber, aber auch der Arbeitnehmer und eine "arbeitsplatzfressenden" Bürokratie bringen wird, hat die Branche der Personalvermittler vor der Gewerkschaft Unia kapituliert. Temporärarbeit hat es bisher vielen Arbeitnehmern ermöglicht, zu ihnen zusagenden Zeiten und ihnen entsprechenden Pensen flexibel arbeiten zu können. Mit einer strikten Verbürokratisierung, angeblich im Interesse "aller Arbeitnehmer", in Tat und Wahrheit aber nur im Interesse der Gewerkschaften und einiger grosser Firmen, werden keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern abgebaut. Es wird wieder eine neue Kategorie von Bevorzugten geschaffen und die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft werden dadurch gar keine Möglichkeit mehr haben einen Job zu bekommen. Die meisten Bürger haben den Abschluss dieses Gesamtarbeitsvertrages nicht einmal realisiert und wenn, dann wahrscheinlich als unwichtig abgetan. Diese neue Einschränkung der Freiheit zu Gunsten einer linken Pressure Group, die nur ihre eigenen Interessen rücksichtslos vertritt, ist aber ein bedenkliches Zeichen in Richtung immer mehr Staat und immer mehr Regulierung, Bürokratie und Einschränkung der persönlichen Wahlmöglichkeiten.

Arbeitsmarkt: Mehr Staat, weniger Arbeit (von Urs Paul Engeler)

Die Branche der Personalvermittler hat vor der Gewerkschaft Unia kapituliert. Der neue Gesamtarbeitsvertrag wird bis zu zwanzig Prozent aller Temporärfirmen ruinieren.

Also lärmte die Linke am 1. Mai gegen die boomende, weil beliebte Temporärarbeit: «Jetzt müssen die Arbeitgeber diese prekären Stellen in dauerhafte umwandeln!» Auf einem kleinen Umweg sind die Gewerkschafter diesem Ziel nun sehr nahe gekommen. Unter dem Jubeltitel «Wenn das keine Sensation ist!» haben sie einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) durchgepeitscht, der den flexiblen Arbeitsmodellen die Attraktivität nimmt und den gewerkschaftlichen Aufsehern die Kontrolle über die befristeten Anstellungen gibt. Die Grossen des Branchenverbandes Swisstaffing nicken dazu, aus Eigennutz.

Der Pakt der aggressiven Gewerkschaft Unia mit den Spitzen von Swisstaffing, einer Vereinigung von rund 200 Personalvermittlern, wurde leise hinter den Kulissen eingefädelt und im Juni - ohne vorgängige Konsultation - den Mitgliedern als fixer «GAV Temporär» vorgelegt. Die Funktionäre haben sich nicht nur auf einen GAV geeinigt, der die Branche aufwühlt. Sie fordern überdies, dass das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und der Bundesrat den (un)heimlichen Handel per Anfang 2009 für «allgemeinverbindlich» erklären und zum schweizweit gültigen Gesetz erheben. Auch wenn das Seco noch nichts sagt, stehen die Zeichen in Bern, wieder einmal, auf Regulierung statt Freiheit.

Der neue Vertrag ist ein juristisches Monstrum, das über ein Gewirr von 60 bereits bestehenden allgemeinverbindlichen GAVs, 70 nicht allgemeinverbindlichen GAVs und 40 (zum grossen Teil nicht einmal publizierten) speziellen Firmen-GAVs gestülpt wird. Der Kontrollaufwand ist gewaltig; das Feld für Streitereien fast unbegrenzt. Swisstaffing selbst hat das erwartete Chaos auf die Formel gebracht: «170 Schnittstellen = 170 Konflikte». Die Mindestlöhne für ungelerntes Hilfspersonal wurden auf 39 000 (in «Hochlohnzonen» 41 600) Franken fixiert. Die Kosten für die Arbeit verteuern sich auf einen Schlag um rund Fr. 1.50 pro Stunde. Die Überwachung des Apparats kostet mehrere Millionen und obliegt «paritätischen» Kommissionen, in denen Beamte und Unia-Leute die Mehrheit haben.

Zufrieden fasst darum Unia-Verhandlungsleiter André Kaufmann das Resultat in den klaren Satz: «Durch den GAV soll die Temporärarbeit verteuert werden, damit sie im Vergleich zur Festanstellung finanziell weniger attraktiv ist.» Experten schätzen denn auch, dass der Vertrag den Markt für flexible Jobs, von dem bereits über 250 000 Menschen profitieren, um rund fünfzehn Prozent schrumpfen lasse. Weniger Arbeit, mehr Bürokratie.

Dass Swisstaffing dem Druck nachgab, hat drei Gründe. Zum Ersten erkaufte der Verband, wie er zugibt, sich einen «Imagegewinn» und «mehr Gewicht unserer Branche in der Politik». Zum andern spülen die sogenannten Solidaritätsbeiträge für den «Vollzug» der Übung und für «Weiterbildung» um die 32 Millionen Franken hälftig in die Kassen der Gewerkschaften und des Verbandes. Und drittens werfen die enormen Kosten für die neue Kontrollindustrie viele Anbieter aus dem Markt ein Strukturwandel zugunsten der Grossen. «Eine kleine Temporärfirma kann diesen Aufwand schlicht nicht mehr bewältigen», erklärt Daniel Bächler, seit 25 Jahren im Business tätig als Verbandsfunktionär und als Dienstleister für die Branche: «Zehn bis zwanzig Prozent der kleinen und mittleren Firmen werden mit Sicherheit weggefegt.» Nun regt sich allerdings der Widerstand. Über 300 Personalvermittler haben ihre Opposition gegen den «GAV Temporär» bereits deponiert; weitere 150 bis 200 Protestnoten werden erwartet. Mittlerweile kursieren sogar Rundschreiben mit der Aufforderung: «Erklären Sie sofort Ihren Austritt aus Swisstaffing!» Das ist polit-juristischer Sprengstoff, denn die Bundesbehörden können den Vertrag nur dann für allgemeinverbindlich erklären, wenn «mehr als die Hälfte aller Arbeitgeber» daran beteiligt sind. So steht es im Gesetz.

Diese Voraussetzung ist derzeit nicht erfüllt. Gemäss offizieller Statistik haben gegen 2000 Betriebe eine offizielle Bewilligung, Personal zu verleihen und/oder zu vermitteln. Swisstaffing vertritt also nur gut zehn Prozent aller Unternehmen. Um das Gesuch, das in Bern noch nicht offiziell eingereicht ist, dennoch zu legitimieren, haben der Verband und die Gewerkschafter eine neue Rechenart entwickelt: Sie zählen die vielen Kleinfirmen einfach nicht mehr zu den Marktteilnehmern und geben so vor, für die Hälfte der relevanten Firmen zu sprechen.

Das regulatorisch veranlagte Seco, das sich zum äusserst delikaten Geschäft nicht äussern mag, und der Bundesrat werden sich dieser neuen Temporär-Mathematik wohl gerne anschliessen. Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard (CVP) hat bereits die Baumeister zu einem schlechten Vertrag mit der Unia geprügelt. Und vor einer allfälligen Abstimmung über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit wird sie, Arm in Arm mit Serge Gaillard, heute ihr Direktor für Arbeit, vormals Gewerkschaftsboss und Erfinder der staatlichen Lohnschnüffler und Inspektoren, abermals sich nach links verneigen und den Temporär-Irrsinn zum Gesetz erheben.